

Damian Grasmück

**„Alles neu“ macht
Berlusconi
Wahlfieber in Italien**

An Hinterlist mangelt es ihm nun wirklich nicht. Verkündete doch Silvio Berlusconi, Medienzar und aussichtsreichster Anwärter auf das Amt des italienischen Ministerpräsidenten, im September letzten Jahres auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit CDU-Chefin Angela Merkel in Rom, man wolle sich dafür stark machen, die DC-Nachfolgeparteien Partito Popolare Italiano (PPI) sowie Rinnovamento Italiano (RI) aus der Europäischen Volkspartei (EVP) auszuschließen. Und da die Übersetzung gerade in diesem Moment lückenhaft war, schwieg Merkel hierzu, was die Vertreter dieser Parteien auf die Barrikaden trieb. Dies sei ihre Absicht nicht, versuchte sie später die Gemüter zu beruhigen, ein solches Unterfangen sei in ihrer Unterredung mit Berlusconi überhaupt nicht thematisiert worden.

Um diese Aufregung zu verstehen, muss man wissen, dass die Frage der EVP-Mitgliedschaft in Italien seit dem Niedergang der DC Anfang der neunziger Jahre von höchster Brisanz ist, ziehen hier doch Parteien an einem Strang, die sich im eigenen Land gegenseitig nicht viel Gutes wünschen. Da sind auf der einen Seite die christdemokratischen Splitterparteien Centro Cristiani Democratici (CCD) und Cristiani Democratici Uniti (CDU), die sich kürzlich unter dem Namen Biancofiore zusammenschlossen, sowie das jüngste EVP-Mitglied Forza Italia (FI) eben jenes Silvio Berlusconis. Gemeinsam mit den Postfaschisten der Alleanza Nazionale (AN) und der populistischen Lega Nord decken diese das Mitte-Rechts-Lager ab. Auf der anderen Seite halten vor allem PPI und RI die christdemokratische Fahne hoch und finden nichts Schlimmes dabei, mit der vom Kommunismus zur Sozialdemokratie gewandelten Linken und

anderen Kleingruppierungen zu paktieren und sogar seit 1996 die Regierung zu stellen.

Dies sind im Wesentlichen die beiden Alternativen, die sich den Italienern bei den anstehenden Parlamentswahlen am 13. Mai bieten. Dritte Pole wie die neue Zentrumsformation Democrazia Europea (DE) des ehemaligen Gewerkschaftlers Sergio D'Antoni und der grauen Eminenz der alten DC, Giulio Andreotti, die sich der Logik des Mehrheitswahlrechtes schlichtweg entziehen, sind eher zu vernachlässigen, auch wenn sie den beiden großen Lagern möglicherweise entscheidende Stimmen „rauben“ könnten. Es sollte jedoch mit dem Teufel zugehen, wenn das Parteienbündnis um Berlusconi, das sich neuerdings Casa delle Libertà (Freiheitshaus) nennt, nicht das Rennen machen würde. Spätestens seit den Regionalwahlen vom Frühjahr 2000, bei denen er triumphierte, liegt der FI-Chef in der Wählergunst ganz weit vorn. Alle

Meinungsumfragen deuten auf seinen Sieg hin.

Dass dies so ist, hat sich die regierende Mitte-Links-Koalition, der so genannte Ulivo (Ölbaum), vor allem selbst zuzuschreiben. Dabei fing alles so viel versprechend an. Nach dessen Wahlsieg im Frühjahr 1996 herrschte regelrechte Aufbruchstimmung im Land. Die Regierung des aus dem katholischen Milieu entstammenden Romano Prodi war mit großem Elan angetreten, um Italien „zurück nach Europa“ zu führen, sprich das Land durch einen rigiden Sparkurs von Grund auf zu sanieren und ihm damit noch in letzter Sekunde den Eintritt in die Wirtschafts- und Währungsunion zu ermöglichen. Kaum war dieser Meilenstein jedoch erreicht, war damit auch der Kitt dahin, der die Koalition zusammenhielt. Von nun an taugte das Mitte-Links-Bündnis allenfalls noch dazu, eitle Zwigigkeiten zwischen Klein- und Kleinstparteien öffentlich auszutragen, anstatt auf diesem Erfolg aufzubauen und weitere dringlich anstehende Modernisierungsprojekte anzupacken. Entsprechend verschliss der Ulivo in den letzten drei Jahren gleich drei Ministerpräsidenten: erst Prodi, dann den Ex-Kommunisten Massimo D'Alema und zuletzt auch

Giuliano Amato, einen allseits angesehenen Politiker, den sich selbst Berlusconi in seinem künftigen Kabinett vorstellen könnte.

Doch im Wettstreit um die Spitzenkandidatur musste der jetzige Premier dem telegeneren Ex-Bürgermeister von Rom, Francesco Rutelli, weichen. Mit dessen bewegter Parteikarriere von den Radikalen über die Grünen hin zum moderaten Spektrum schien er als neuer Frontmann für die „Regenbogen“-Koalition des Ulivo geradezu ideal. Dass sich aus seiner Vita kein eindeutiges Programm ablesen lässt, war bei der Auswahl eher nebensächlich, schließlich soll „Cicciobello“, der „Schönling“, wie Rutelli in Italien gern genannt wird, gegenüber seinem Widersacher und Medienprofi Berlusconi vor allem eine gute Figur machen, um zu retten, was noch zu retten ist. Und das gelang ihm im Vorwahlkampf gar nicht so schlecht. Er fuhr mit der Bahn, dem „Ulivo-Express“, von den Alpen bis nach Sizilien und gab sich recht volksnah. Auch seine Führungsqualitäten stellte er unter Beweis, als er die Regierungsmehrheit dazu brachte, noch kurz vor Ablauf der Legislaturperiode gegen den scharfen Widerstand der Opposition nichts weniger als

den föderalen Umbau des italienischen Staatswesens in die Verfassung einzuschreiben. Einigkeit und Entschlossenheit galt es zu demonstrieren. Inwieweit derartige Anstrengungen des Ulivo jedoch noch zu Buche schlagen können, steht freilich in den Sternen, denn gegen ihn arbeitet bereits seit einem halben Jahr eine nahezu perfekt durchorganisierte Wahlkampfmaschinerie auf Hochtouren. Wer in diesen Tagen durch die Städte Italiens spaziert, kann sich ein eindrucksvolles Bild hiervon machen. An allen Ecken und Enden blinken die überdimensionalen Wahlkampfplakate vor allem Silvio Berlusconis. Das ist aber nur das Geringste. Der 64-jährige Mailänder kann gleich mehrere Asse aus dem Ärmel ziehen: Er ist in erster Linie unumschränkter Anführer des Mitte-Rechts-Bündnisses, schließlich war er es, der die Parlamentswahlen von 1994 spektakulär gewann, er war es, der seine Mannen in die Wahlen von 1996 führte – wenn auch erfolglos –, er war es, der seither nolens volens den Oppositionschef abgab; im Gegensatz zum Ulivo war in der Casa delle Libertà schon von vornherein klar, wer auch diesmal für das höchste Regierungsamt kandidieren würde. Ferner hat er sich

mit der erneuten Einbeziehung insbesondere der Lega Nord und von Splitterparteien wie den Sozialisten und den Republikanern eine erweiterte Allianz zusammengezimmert, die zwar auf wackeligen Beinen steht, die aber im Willen zur Macht durchaus einig voranschreitet. Außerdem ist Berlusconi nicht nur der reichste Mann Italiens, der nicht wie Rutelli Blumen verkaufen muss, um seinen Wahlkampf zu finanzieren, sondern er besitzt das Quasi-Monopol über den privaten Fernsehsektor, mehrere Verlage sowie einige einflussreiche Tages- und Wochenzeitungen.

Die einzige Gefahr, die ihn allenfalls noch den Sieg kosten könnte, ist sein Übermut. So ließ „Divus Silvius“ (Jens Petersen) kürzlich wissen, niemand, weder in Europa noch auf der ganzen Welt, könne sich mit ihm messen, was seinen Werdegang und seine Fähigkeiten angehe. Die Wahlen, das wiederholt er fast täglich, habe er natürlich schon mit weitem Abstand gewonnen. Dabei stützt er sich immer wieder auf die neuesten Umfrageergebnisse seines hauseigenen Meinungsforschungsinstitutes, die sich zuletzt auf bis zu 23 Prozent Vorsprung für sein Lager hochgeschraubt hatten.

Wenn schon ein Sieg Berlusconis unausweichlich erscheint, dann ist ihm trotz allen begründeten Missbehagens, das er geradezu herausfordert, nur zu wünschen, dass diese Rechnung aufgeht – um Schlimmeres zu verhindern. Würde er nämlich tatsächlich so gut abschneiden wie prognostiziert, käme dies einer von ihm angestrebten „Mehrheit der variablen Geometrien“ gleich, in der keine Partei außer der FI ausschlaggebend wäre. Dadurch würde nicht nur die AN, sondern vor allem auch der Faktor Lega zweitrangig, der bereits seit geraumer Zeit auf europäischer Ebene für Bauchschmerzen sorgt. Erst kürzlich verbrannte sich der belgische Außenminister Louis Michel den Mund, als er EU-Sanktionen à la Österreich gegen Italien im Falle einer Regierungsbeteiligung der Lega Nord forderte. Die extremistischen Ansichten bezüglich Einwanderung und Minderheiten des Lega-Chefs Umberto Bossi, der noch dazu als europafeindlich eingestuft wird, würden sich bei solchen Mehrheitsverhältnissen als irrelevant erweisen, und Europa hätte ein Problem weniger.

Auch Berlusconi selbst würde wohl insgeheim ein Stein vom Herzen fallen, sollte er nicht auf Bossi an-

gewiesen sein, der ihn schon einmal, Ende 1994, vom Sockel des Premiers stürzte. Öffentlich lässt sich der Cavaliere, wie Berlusconi oft bezeichnet wird, derartige Sorgen natürlich keinesfalls anmerken. Bossi sei nicht mehr derselbe wie vor sieben Jahren, diesmal wisse man, worauf man sich einlasse, man habe sich schließlich auch programatisch stark angenähert und Bossi nicht zuletzt zur Abkehr vom Separatismus hin zum Föderalismus gebracht, so die beschwichtigenden Formeln.

Wie dem auch immer sei, angesichts dessen, was sich die Casa delle Libertà vorgenommen hat, ist es nur schwer vorstellbar, dass früher oder später nicht ein Partner aus der Reihe tanzt. Berlusconi bezeichnet indes sein Programm als „kopernikanische Wende“ oder – je nach Umgebung – gar als „Mission“. Da steht zunächst die Institutionen-Reform ganz oben auf der Tagesordnung, um das bisherige parlamentarische Regierungssystem in einen (Semi-)Präsidentalismus umzuwandeln; da gibt es den Föderalismus, den man sich ganz anders vorstellt, als von der alten Regierung beschlossen; da wartet das Wahlgesetz noch immer darauf, novelliert zu werden; da spricht

man von einer radikalen Entbürokratisierung des italienischen Staatswesens; da ist von einer enormen Steuerentlastung für Unternehmen und Privathaushalte die Rede, um so die Wirtschaft anzukurbeln und auch die Arbeitslosigkeit zu senken; da ist die innere Sicherheit, die man merklich verbessern möchte, und, damit einhergehend, die Einwanderungspolitik, die es zu verschärfen gelte; und schließlich sind gigantische Infrastrukturprojekte geplant wie die Brücke, die Sizilien endlich mit dem Festland verbinden soll. Kurz, „wie eine Socke“ möchte Berlusconi den Stiefel umkrempeln und ganz nebenbei auch noch als erste Amtshandlung den seit sieben Jahren schwelenden Interessenkonflikt, der seine Person betrifft, nach eigenem

Gutdünken gesetzlich lösen.

Bei so viel Tatendrang bleibt im streitsüchtigen Italien natürlich eine entsprechende Wahlkampfpolemik nicht aus. Selten war ein italienischer Wahlkampf so hitzig und von persönlichen Tiefschlägen gekennzeichnet, sodass der Corriere della Sera gar einen Verfall bemängelte, der eines zivilisierten Landes unwürdig sei. Altmeister Andreotti sprach schon vorab von einer Schicksalswahl wie 1948, als sich Christdemokraten und Kommunisten feindselig gegenüberstanden.

Damals wie heute ist im Eifer des Gefechtes die Warnung vor dem Untergang der Demokratie zu vernehmen, nur dass diese Angst diesmal die Linke gegen die Rechte schürt, wie ein Aufruf von Linksinтеллектуellen gegen Ber-

lusconi zeigt. Es gebe keinen Zusammenstoß zwischen Zivilisation auf der einen und Barbarei auf der anderen Seite, starteten wenig später Rechtsintellektuelle ihren Gegenangriff, jeder Bürger könne ohne Bedenken frei wählen, was ihm beliebe. So wird es am Ende wohl auch kommen. Der Kampf zwischen Francesco „David“ und Silvio „Goliath“ konzentriert sich derweil auf die große Zahl unentschlossener Wähler vor allem in den noch unsicheren Wahlkreisen Mittel- und Süditaliens. Fast der gesamte Norden hingegen gilt bereits als Berlusconi-Land. Es wird also schwer werden für Rutelli, die Stimmung noch zu kippen und zum sorpasso, dem Überholmanöver, überzugehen. Gänzlich auszuschließen ist in Italien freilich nichts.

Konzept zur Machtergreifung

„Der Republikanische Club verzeichnete in diesen Wochen (nach dem Tode Ohnesorgs) einen ungeheuren Zulauf. Die APO-Führer hielten die politische Situation für so zugespitzt, dass sie auf einer vertraulichen Beratung am 24. und 25. Juni erstmals ein Konzept zur Machtergreifung in West-Berlin entwickelten. Zu der elfköpfigen Verhandlungsrunde gehörten neben Dutschke und Meschkat auch die MfS-Agenten Staritz und Barthel. Die Teilnehmer einigten sich darauf, die politische Unruhe durch studentische Demonstrationen gezielt zu verstärken und in ausgewählten Betrieben wilde Streiks zu initiieren. [...] Wenig später forderte Rudi Dutschke in einem ‚Spiegel‘-Interview die Enteignung Springers als ersten Schritt auf dem Weg zur Abschaffung des Parlamentarismus.“

(Hubertus Knabe am 22. März 2001 in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*)